

*Alfred Hintz*

## Kriegswahrzeichen des Ersten Weltkriegs im Ruhrgebiet als soziale Konstruktion der Heimatfront durch das Besitz- und Bildungsbürgertum

### Einleitung

Als nach den grauenhaften Schlachten des „Großen Krieges“ mit ihren ungeheuer hohen Verlusten an Menschenleben die Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht der Bevölkerung stärker wurde, griff der von Österreich-Ungarn ausgehende Trend zur Errichtung von Kriegswahrzeichen auf das Deutsche Reich über und erreichte im Sommer 1915 das Ruhrgebiet.

Kriegswahrzeichen waren hölzernen Symbolfiguren in den verschiedensten Ausgestaltungen, meist mit Bezug auf lokale Erinnerungen oder Wahrzeichen der jeweiligen Städte. Im September 1915 beispielsweise stellten die Berliner ein zwölf Meter hohes und – ungenagelt – sechszwanzig Tonnen schweres hölzernes Abbild des Generalfeldmarschalls von Hindenburg am Berliner Reichstag vor der damaligen Siegessäule auf. Köln nagelte den „Kölsche Boor“, die Hamburger machten den Michael „eisernen“, die Bremer den Roland und die Einwohner von Wilhelmshaven den Admiral von Tirpitz.<sup>1</sup>

In diese Symbole aus Eiche oder Linde schlug die Bevölkerung auf einem sorgfältig vorbereiteten und groß angelegten offiziellen Festakt sowie den sich daran meist anschließenden zahlreichen Folgeaktionen mit markigen Sprüchen gegen ein Entgelt eiserne, silberne, auch vergoldete Nägel ein und legte den „Wehrmännern“ auf diese Weise einen stählernen Panzer an. Der Erlös dieser Nagelaktionen war nach dem Willen der Initiatoren ausschließlich für die Familienangehörigen und Hinterbliebenen der zum Kriegsdienst eingezogenen Männer sowie für die Kriegsversehrten der betreffenden Stadt oder Gemeinde bestimmt. Thema des folgenden Beitrags ist die „Konstruktion der Heimatfront im Ruhrgebiet während des Ersten Weltkriegs durch das Besitz- und Bildungsbürgertum“. Unter Heimatfront wird in Anlehnung an die Forderung der Militärpropaganda verstanden: „Frontgeist in die Heimat. Dieser Geist von 1914, der heute noch in unserem Heere lebendig ist, diesen mannhaften Geist der freudigen Selbsthingabe des Einzelnen für die Gesamtheit (...) wiederzuerwecken, ist die vornehmste Aufgabe unserer Kriegsaufklärung.“<sup>2</sup>

Untersucht wurden 15 Städte, von Hamm im östlichen Revier über Schwerte, Wetter, Hagen, Bochum, Essen und Oberhausen bis nach Duisburg im Westen. Die Grundlage der Recherche bildete Aktenmaterial der Stadtarchive sowie die Berichterstattung der jeweiligen Lokalzeitungen. Obgleich die Quellenlage lückenhaft ist, die Überlieferung teilweise ganz fehlt, lässt sich in Verbindung mit der Zeitungsberichterstattung ein relativ gutes Bild von den damaligen Vorgängen erstellen.

1 Vgl. Westfälischer Volksfreund Hamm vom 31. Dezember 1915.

2 Jeffrey Verhey: Der „Geist von 1914“ und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000, S. 26.

Es liegen vier themenrelevante Aufsätze vor.<sup>3</sup> Stefan Goebel griff mit seiner Arbeit das Thema „Heimatfront im Ruhrgebiet“ als Erster auf und vertritt darin die These: „Der Front-Heimat-Nexus (wurde) an der Ruhr stärker akzentuiert als im restlichen Reichsgebiet: Das Ruhrgebiet stilisierte sich zur Heimatfront.“<sup>4</sup> Während Goebel Initiatoren der Wahrzeichen lediglich marginal behandelt, liegt der Akzent meines Beitrags auf einer möglichst differenzierten Darstellung von Initiativen, direkten und indirekten Interaktionen des Besitz- und Bildungsbürgertums mit Vertretern der Reichsleitung und der Bevölkerung sowie Finanzierungsschwerpunkten im Zusammenhang mit der Errichtung von Kriegswahrzeichen.

### **Kommunen in der Pflicht**

Die gesetzlich festgelegten finanziellen Zuwendungen für die Familien der Kriegsteilnehmer, ihre Hinterbliebenen sowie für die Kriegsversehrten waren miserabel. Zu Kriegsbeginn nahm sich die Armenverwaltung dieses Problembereiches an.

Auf der Grundlage eines Gesetzes vom 28. Februar 1888 wurden die Frauen der Kriegsteilnehmer durch die Landräte über eine Zeitungsanzeige mit ihrer künftigen finanziellen Lage bekannt gemacht. Die Ehefrau eines Soldaten hatte in den Monaten Mai bis Oktober 1914 einen Anspruch auf monatlich sechs, für die übrigen Monate neun Mark. Für jedes Kind unter 15 Jahren waren weitere vier Mark monatlich vorgesehen. „Die Geldunterstützung kann teilweise durch die Lieferung von Brotkorn, Kartoffeln und Brennmaterialien erfolgen.“<sup>5</sup> Das bedeutete: Eine Mutter mit drei kleinen Kindern erhielt maximal 30 Mark, benötigte aber ohne Miete und Kleidung allein zum Lebensunterhalt schon 60 Mark. Diese Grundsumme wurde Mitte 1916 auf 15 Mark, im Januar 1917 auf 50 Mark angehoben. Zu diesem Zeitpunkt waren die Preise allerdings bereits in astronomische Höhen geklettert. So hatten sich u. a. Wollstoffe um 1.700 Prozent verteuert.<sup>6</sup> In keinem Falle reichte die staatliche Zuwendung zum vollständigen Unterhalt der Restfamilie, befand deswegen auch die Dortmunder „Tremonia“ schon zu Kriegsbeginn. Private Hilfe habe hier Gelegenheit zu kräftiger Entfaltung.<sup>7</sup>

Die auf gesetzlicher Grundlage an die Familien der Kriegsteilnehmer zu zahlenden Geldbeträge gingen zunächst nicht zu Lasten der Reichskasse, sondern zur Zahlung verpflichtet waren die sog. Lieferungsverbände, in Preußen die Stadt- und Landkreise. Den kommunalen Verbänden war die Höhe des an die Familien zu entrichtenden Unterstützungsbe-

3 Julius Lasius: Kriegswahrzeichen in rheinisch-westfälischen Industriestädten, in: Stahl und Eisen Nr. 6, 10. 2. 1916, S. 18 ff. Stefan Goebel: „Kohle und Schwert“: Zur Konstruktion der Heimatfront in Kriegswahrzeichen des Ruhrgebiets im Ersten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 51 (2001), Münster, S. 257 ff., künftig Goebel. Gerhard Schneide: Zur Mobilisierung der „Heimatfront“, in: Zeitschrift für Volkskunde, Münster 1999, S. 32 ff. Dietrich Thier: Das Kriegswahrzeichen von Wetter (Ruhr): die Nagelspende, das Eiserne Schwert, in: Hans-Friedrich Kniehase (Hg): Projekte. Landeskundliche Studien im Bereich des mittleren Ruhrtals, Bd. 1, Wetter a. d. Ruhr 1994, S. 212 ff.

4 Goebel, S. 257.

5 Schwerter Zeitung v. 2. 8. 1914, künftig SZ.

6 Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914–1949, Bd. 4, München 2003, S. 72.

7 Tremonia Dortmund v. 1.8.1914, Nr. 209, III. Blatt.

trages nicht vorgeschrieben, wohl aber waren die Zahlungen in der Höhe nach unten begrenzt. Für die aufgewendeten Summen nach den im Paragraphen 5 des Gesetzes festgelegten Mindestbeträgen wurde den Kommunalverbänden eine Entschädigung aus dem Reichsfond in Aussicht gestellt, und zwar „auf Grund eines zu erlassenden besonderen Reichsgesetzes“.<sup>8</sup> Der Zeitpunkt dieser Entschädigungszahlungen „wird durch jedesmaliges Spezialgesetz des Reiches bestimmt“.<sup>9</sup>

In jedem der Lieferungsverbände wurde ein Ausschuss gebildet, dessen Mitglieder nach vorheriger Information über die finanziellen Verhältnisse der unterstützungsbedürftigen Familien die von der Stadt oder Gemeinde zu zahlenden Geldbeträge festsetzten.

Die finanzielle Ergänzung der Reichsunterstützung beispielsweise durch die Stadt Bochum, die im Laufe der Jahre aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen wiederholt angepasst wurde, belief sich am 1. August 1914 auf sechs Mark zusätzlich für die Ehefrauen der Soldaten und vier Mark je Kind. Am 1. Mai 1919 betrug der zwischenzeitlich erhöhte Reichssatz 30 Mark; die Stadt Bochum zahlte an städtischer Unterstützung 40 Mark für die Ehefrauen und für die Angehörigen je Person 23 Mark.<sup>10</sup> Darüber hinaus übernahm die Kommune die Wohnungsmiete der Kriegsteilnehmer mit 70 Prozent der Vollmiete, ggf. nach Bedürftigkeit der zu Unterstützenden bis zu 100 Prozent. Den nicht von den Arbeitgebern unterstützten Familien stellte die Stadt Kleidungsstücke und Lebensmittel zur Verfügung. Bis Ende 1918 wurden durch die Stadt Bochum und das Reich 39.259.028,87 Mark an Unterstützungszahlungen geleistet.<sup>11</sup>

Für die notwendigen Zusatzzahlungen an die Familien der „Feldgrauen“, ihre Hinterbliebenen und die Kriegsinvaliden über den gesetzlich vorgeschriebenen Reichssatz hinaus waren die einzelnen Städte und Gemeinden mit einem unterschiedlich hohen Finanzpolster ausgestattet. Der Magistrat der Stadt Witten hielt es im Oktober 1915 bei der Diskussion über die Errichtung eines Kriegswahrzeichens mit Blick auf die vorhandene Bismarckspende zunächst für richtiger, von der Schaffung eines derartigen Standbildes abzusehen.<sup>12</sup> Die Kriegsliebesdienst-Sammlung der Essener Bevölkerung erbrachte im ersten Vierteljahr des Krieges 850.000 Mark, bis Ende November 1914 1.120.000 Mark.<sup>13</sup> Das Sammelergebnis aus der Nagelung des Essener Schmiedes war deswegen ausschließlich zur „dauernden Unterstützung kriegsbeschädigter Feldzugsteilnehmer und der Hinterbliebenen gefallener Helden aus Groß-Essen“<sup>14</sup> gedacht und nicht für den allgemeinen Kriegsliebesdienst. Auf 273.000 Mark summierte sich die Sammlung der Stadt Hamborn bis zum September 1915. Doch die Aufgaben seien gewachsen, heißt es in dem städtischen Aufruf zur Nagelung des Kriegswahrzeichens. „Trotz großen bewiesenen Opfermuts müssen neue Mittel beschafft wer-

8 Vgl. ebd.

9 Reichsgesetzblatt Nr. 1771: Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften v. 28. Februar 1888, Paragraph 12.

10 Sta. Bochum: Verwaltungsbericht von 1913–1924, S. 196.

11 Vgl. ebd.

12 Vgl. Sta. Witten: B 83 b 9.

13 Sta. Essen: Chronik der Stadt Essen 1914, S. 123.

14 Sta. Essen: Undatierte Informationsschrift des Vaterländischen Bürgerausschusses Essen.

den.<sup>15</sup> Insofern ist die Aussage Wehlers, die Gemeinden hätten über keinerlei Finanzmittel für diese Zwecke verfügt,<sup>16</sup> zu ergänzen.

### **Freiwillige betriebliche Leistungen für Angehörige einberufener Arbeitnehmer**

Industriebetriebe sahen sich ebenfalls in der Pflicht. Ein großer Teil der Bochumer Arbeitgeber leistete den Angehörigen der einberufenen Arbeitnehmer freiwillige Zuschüsse.<sup>17</sup> In einem Brief an die Stadtverwaltung Gelsenkirchen bedauerte die Gutehoffnungshütte, für das Gelsenkirchener Kriegswahrzeichen nicht mehr als 2.000 Mark zur Verfügung stellen zu können, „weil wir nicht in der Lage sind zu übersehen, welche Anforderungen hinsichtlich der Kriegsfürsorge für unsere Arbeiter noch während des Krieges und nach demselben an unsere Gesellschaft gestellt werden“.<sup>18</sup> Für die Wicking'sche Industrie für Holz- und Baubedarf AG Recklinghausen merkte der Kgl. Kommerzienrat Heinrich Vogelsang in einer Stellungnahme an die Stadtverwaltung u. a. an, seine Gesellschaft habe schon gleich zu Kriegsbeginn Unterstützungszahlungen für Frauen, Witwen und Kinder ihrer Angestellten und Arbeiter festgelegt. „Diese Unterstützungen belaufen sich jetzt auf 30.000 Mark.“<sup>19</sup> Bisher, so Vogelsang weiter, habe man in der Stadt von Not kaum etwas bemerkt. Die bislang gewährten Unterstützungen seien nach allgemeiner Ansicht reichlich, was auch aus dem Leben und Treiben einer ganzen Anzahl von Frauen hervorgehe, die die Konditoreien bevölkerten und an den Vorabenden von fleischlosen Tagen die Fleischerläden besonders stark frequentierten. Aber: „Am meisten leiden wohl die kinderreichen Familien der kleinen Beamten, Handwerker und Gewerbetreibenden, deren Ernährer eingezogen sind.“<sup>20</sup>

### **Initiatoren und Geldgeber der Wahrzeichen und ihre Verortung im kommunalen Gefüge**

Nachstehend wird die Schaffung von Kriegswahrzeichen unter dem Aspekt von Ideen- und Geldgebern in den untersuchten Ruhrgebietsstädten vorgestellt.

Bevor in den größeren Städten des Reviers die meist mehrere Meter hohen, schwergewichtigen Statuen von der Bevölkerung „eisern“ genagelt wurden, kam es in verschiedenen Gastwirtschaften zu kleineren, spontanen Nagelungsaktionen. Im Duisburger Gasthaus „Zum Reichshof“ griff man schon kurze Zeit nach Kriegsbeginn zu Hammer und Nagel. Eine Gruppe „echt deutscher Männer“ gründete den Stammtisch „Eisernes Kreuz“ und begann am 26. September 1914 mit der Benagelung eines auf einer besonderen Tischplatte aufgetragenen Eisernen Kreuzes, umrahmt von Eichenlaub und Lorbeerblättern. Der Tisch

15 Sta. Duisburg: Aufruf zur Nagelung des Kriegswahrzeichens.

16 Wehler, S. 72.

17 Sta. Bochum: Verwaltungsbericht 1913–1924, S. 197.

18 Sta. Gelsenkirchen: Brief GHH v. 19.7.1915 an die Stadtverwaltung Gelsenkirchen.

19 Sta. Recklinghausen: Brief Vogelsang an die Stadt Recklinghausen v. 15.1.1916, III/5748.

20 Sta. Recklinghausen: Brief Vogelsang an die Stadt Recklinghausen v. 15.1.1916, III/5748 bd.

hatte keinen festen Standort, sondern wurde von Wirtschaft zu Wirtschaft weitergereicht.<sup>21</sup> Zweck dieser Stammtischrunde war die Sammlung von Geldern für den „Kriegerdank“ der Duisburger Bürgerschaft. Selbst aus den Schützengräben wurden hierfür Beiträge eingeschickt.<sup>22</sup> Im Großraum Essen wurden ähnliche Aktionen vorgenommen (s.u.).

Nach dem „Wehrmann in Eisen“ auf dem Schwarzenbergplatz in Wien (Januar 1915) und dem „Kölsche Boor“ erhielt Essen mit dem „Essener Schmied“ am 25. Juli 1915 als erste Stadt des Reviers ein Kriegswahrzeichen. Es geht zurück auf die Initiative des Vaterländischen Bürgerausschusses, dem u. a. der Kaufmann van Gemmeren, Schulrat Gerdes, Bankier Hirschland, Kaufmann W. Kemmer, Brauereidirektor Rasche sowie verschiedene städtische Mitarbeiter der Führungsebene angehörten.<sup>23</sup> Das Ehepaar Krupp von Bohlen-Halbach stiftete die zu benagelnde hölzerne Figur. Die mit der Errichtung verbundenen weiteren Sammlungen waren von Anfang an für „Groß-Essen“ ausgelegt.

Etwa Anfang 1915 begannen die Gäste verschiedener Essener Wirtschaften mit der Nagelung von kleineren, gesonderten Kriegswahrzeichen. Der Bürgerausschuss als Träger der Sammlungsgenehmigung versuchte, über die Ausgabe von Quittungsbüchern zur Eintragung der Sammlungsergebnisse über diese Wirtschafts-Nagelungen eine gewisse Kontrolle auszuüben und die gespendeten Geldbeträge für den Essener Schmied zu gewinnen. Vom Bürgerausschuss wurden 50 Modelle eines Holz-Kanonenrohres sowie 100.000 Nägel für die Nagelungen in den Gastwirtschaften bestellt.<sup>24</sup>

Gelsenkirchen verdankte sein Gedenkzeichen „einer Entschließung unserer großen industriellen Werke und Gesellschaften. Sie haben in hochherziger Weise dem Schwert von Gelsenkirchen eine Spende zur Verfügung gestellt, die bereits auf mehr als 37.000 Mark angewachsen ist“, stellte Gelsenkirchens Oberbürgermeister Machens anlässlich der Bestimmungübergabe des Gedenkzeichens am Sonntag, dem 8. August 1915, fest.<sup>25</sup> In einer in der Zeitung veröffentlichten Einladung zur Einweihungsfeier war darauf verwiesen worden, dass von anderen Gesellschaften weitere namhafte Beträge in Aussicht gestellt worden seien.<sup>26</sup> Den größten Betrag stellte mit 10.000 Mark die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft Rheinelbe zur Verfügung. Die Gutehoffnungshütte, Abt. Gelsenkirchen, steuerte 2.000 Mark bei.<sup>27</sup> Die Küppersbusch AG aus Gelsenkirchen-Schalke, „größte Spezialfabrik für Kochapparate aller Art“, spendete 5.000 Mark.<sup>28</sup> Als vor einiger Zeit aus Kreisen der Bürgerschaft angeregt worden sei, nach dem Beispiel anderer Städte einen Eisernen Mann auch in Gelsenkirchen aufzurichten, habe sich die Stadtverwaltung schon mit diesem Gedanken befasst, ergänzt die „Gelsenkirchener Zeitung“ in einem späteren Artikel die Entste-

21 Abenteuer Industriestadt Oberhausen 1974–1999, 21. Januar 1915.

22 Sta. Duisburg: Chronik Stammtisch Eisernes Kreuz.

23 Sta. Essen: Protokollbuch des Vaterländischen Bürgerausschusses.

24 Sta. Essen: Protokollbuch des Vaterländischen Bürgerausschusses, Sitzung des Bürgerausschusses v. 2.2.1916.

25 Gelsenkirchener Zeitung v. 9.8.1915.

26 Ebd.: Ausgabe vom 7.8.1915.

27 Sta. Gelsenkirchen: IVIII.

28 Ebd.: Schreiben von Küppersbusch an den Oberbürgermeister v. 27.8.1915.

hungsgeschichte des Kriegswahrzeichens. Mit Rücksicht auf die anfallenden hohen Kosten habe man jedoch von einer figürlichen Darstellung abgesehen und sich für das einfachere Schwert von Gelsenkirchen entschieden. Der Errichtungsbeschluss war von der Stadtverordnetenversammlung am 15. Juli 1915 gefasst worden.<sup>29</sup>

Am 16. Juni 1915 unterbreiteten die Mitglieder des Dortmunder Ausschusses „Kriegsgefangenenhilfe“ dem Magistrat den Vorschlag auf Errichtung eines Nagelstandbildes und verwiesen gleichzeitig auf den städtischen Schutzpatron Reinoldus als geeignetes Vorbild. Die Redaktion des Dortmunder General-Anzeigers hatte sich, wie das Blatt betont, mit dergleichen Vorschlägen in der Vergangenheit mehrfach an die Öffentlichkeit gewandt.<sup>30</sup> Der Dortmunder Bildhauer Fritz Bagdons, Lehrer an einer Kunstgewerbeschule, brachte die Herstellung des Modells, die gesamte künstlerische Leitung und die Überwachung der Ausführung in Holz als erste „Reinoldusspende“ ein. Der Geheime Kommerzienrat Cremer (Brauinindustrie) erklärte sich bereit, die Ausführungs- und Aufstellungskosten des Standbildes zu übernehmen. Das handgeschmiedete eiserne Schwert stiftete die Dortmunder Groß-Eisenindustrie zugleich mit einer Spende von 32.000 Mark zugunsten des Kriegsliebesdienstes. „Ein schöner Gedanke, um dessen Förderung Herr Kommerzienrat Springorum sich im besonderen bemühte.“<sup>31</sup> Auf Anregung von Generaldirektor Kleine spendeten die auf Dortmunder Stadtgebiet liegenden Zechen nochmals einen Betrag in gleicher Höhe, die „Alt-Dortmunder Familien“ 31.000 Mark, öffentliche Verbände, Kirchengemeinden, Schulen, Vereine und Gesellschaften rund 9.000 Mark, so dass zur Weihe des „Eisernen Reinoldus“ am Sonntag, 26. September 1915, rund 100.000 Mark zur Verfügung standen.<sup>32</sup>

Das hölzerne Abbild des Stadtwappens von Castrop wurde ebenfalls am Sonntag, 26. September 1915, in einem „unseren Kriegern“ geweihten „patriotischen Fest“ von der Bevölkerung durch Nagelung zum „eisernen Wahrzeichen von Castrop“. Idee und Ausführung waren von einem örtlichen Rektor bzw. Schreinermeister gekommen. Das Sammlungsergebnis war am Tage der Einweihung mit 15.000 Mark „überaus gut“.<sup>33</sup>

Angeregt von Reisen nach Süddeutschland und Österreich richtete Prof. Dr. med. Ludwig Wullstein, leitender Arzt des Bochumer Krankenhauses Bergmannsheil, am 15. Juli 1915 ein Schreiben an Bochums Oberbürgermeister Gaff, mit dem er ankündigte, er wolle für Zwecke der Kriegsfürsorge eine Geldsumme für einen „eisernen Mann“ zur Verfügung stellen. Die Figur, die etwa 2.500 Mark kosten werde, wolle er dem Münchener Künstler Bürgerling in Auftrag geben. Noch am gleichen Tag nahm der Bochumer Magistrat das Angebot dankend an. Der Bauunternehmer und Kommerzienrat Karl Ernst Korte erklärte sich bei den Magistratsberatungen bereit, die sonst noch entstehenden Kosten für Aufstellung, Nagelung und dergleichen zu übernehmen. „Die Kosten sind später auf 10.265,94 Mark festgestellt und am 23. Februar 1916 vom Kommerzienrat Korte bezahlt worden.“<sup>34</sup> Die Ent-

29 Gelsenkirchener Zeitung Nr. 186 v. 14. 8.1915.

30 General-Anzeiger für Dortmund v. 31.8.1915.

31 Sta. Schwerte: Undatierte Informationsschrift „Der Eiserne Reinoldus von Dortmund“.

32 General-Anzeiger für Dortmund und Tremonia: Ausgaben vom 27.9.1915.

33 Castroper Zeitung v. 27.9.1915.

34 Sta. Bochum: N I, Nachlass Dr. Küppers.

hüllung des „Bochumer Schmiedes“, des Denkmals „opferwilliger Vaterlandsliebe“,<sup>35</sup> fand am 17. Oktober 1915 statt. Das Sammlungsergebnis betrug 55.666,45 Mark.<sup>36</sup>

Mülheims Kriegsmal, eine 2,50 Meter hohe Erlenholzfigur des „Jung-Siegfried, wurde am 7. November 1915 für die „Kriegsfürsorge dienstbar“<sup>37</sup> gemacht. Oberstleutnant Grote, militärischer Oberleiter der Mülheimer Jugendkompanien, hatte die Anregung gegeben, der Mülheimer Bildhauer Deus die Figur gestaltet und gestiftet.<sup>38</sup>

Von den Mitgliedern des Kriegsausschusses der Stadt Hamborn war auf der Sitzung vom 10. September 1915 beschlossen worden, zur Aufbringung weiterer notwendiger Geldmittel ein Kriegswahrzeichen zur öffentlichen Nagelung aufzustellen. Dem zur Durchführung des Beschlusses gebildeten Arbeitsausschuss gehörten unter Vorsitz von Oberbürgermeister Schrecker an: „Frau Generaldirektor Jacob, Frau Erste Beigeordnete Mühlens, Frau Rechtsanwältin und Notarin Meyer, Herr Kommerzienrat Max Morian, Herr Rentner Wilhelm Schmitz, Herr Kaufmann Fritz Froitzneim.“ Bis zum 30. November gingen 9.200,78 Mark an Nagelspenden ein. Darin enthalten waren 5.000 Mark der Gewerkschaft Deutscher Kaiser sowie zwei weitere Spenden von je 1.000 Mark zweier weiterer Steinkohlenbergwerke. An weiteren Spenden sind namentlich aufgeführt u. a. Generaldirektor Franz Dahl (100 Mark), Justitiar Dr. Späing (200 Mark) Direktor Rabes (100 Mark), Heinrich Schulte-Marxloh (100 Mark).<sup>39</sup>

Nachdem 1915 überall „in deutschen Landen“ die nagelbeschlagenen Symbole aufgestellt wurden, trat am 28. November 1915 Hagen ebenfalls in die Reihe der „deutschen Städte, welche ein solches Kriegsmal errichteten“.<sup>40</sup> Angehörige der drei führenden Hagener Familien, Kommerzienrat Springmann, Johanna Funcke, geb. Harkort, Frau Bernhard Funcke und Laura Christine Osthaus, geb. Funcke, die zweite Frau von Karl-Ernst Osthaus, hatten den Gedanken<sup>41</sup> dazu im Juni entwickelt. Von der Verwaltung wurden finanziell potente Bürger durch persönliche Briefe zur Stiftung von Familiennägeln aufgefordert.<sup>42</sup> Einige Tage später brachte die Zeitung eine Notiz, wonach bisher 73 Familiennägel mit einer Gesamtsumme von 45.500 Mark gezeichnet worden waren. Die Zeichnungen der Vereinsschilder ergaben 11.200 Mark. Aus der allgemeinen Nagelung kamen in den ersten sechs Tagen 776 Mark zusammen. Mit der Stiftung der Stadt in Höhe von 10.000 Mark kam die Sammlung in etwa drei Wochen nach der Errichtung des „Hagener Schmiedes“ auf 67.867 Mark.

„Graf Adolf von der Mark. Der Gründer unserer Stadt“. Diese Inschrift wurde am steinernen Sockel des Standbildes angebracht, das am 2. Januar 1916 zum Gedächtnis an den Stadtgründer Hamms und zur Unterstützung der Kriegshinterbliebenen in Hamm seiner

35 Bochumer Anzeiger und Generalanzeiger v. 16. 10. 1915.

36 Sta. Bochum: Verhandlungsbericht über die Sitzung des Ausschusses der Stiftung „Bochumer Schmied“ vom 12. Januar 1921.

37 Mülheimer Zeitung v. 8. 11. 1915.

38 Generalanzeiger Mülheim v. 8. 11. 1915.

39 Sta. Duisburg: Chronik über die Errichtung und Nagelung des Hamborner Kriegswahrzeichens.

40 Hagener Zeitung v. 27. 11. 1915.

41 Vgl. Thier, S. 21.

42 Westfälisches Tageblatt v. 30. 11. 1915.

Bestimmung übergeben wurde. Mit „Genugtuung“ berichtet die Lokalzeitung, dass „wir im Westfälischen Volksfreund zuerst die Anregung zu dieser Idee gegeben haben“.<sup>43</sup>

Die Auftaktveranstaltung zur Nagelung des Recklinghäuser Kriegswahrzeichens, der sog. „Bergmannssäule“, fand am Sonntag, den 9. Januar 1916 statt. Ein „reicher Ertrag“, freute sich die Recklinghäuser Zeitung, sei bereits dem ersten Tag beschieden gewesen. Ein namentlich nicht genannter Bürger spendete den ansehnlichen Betrag von 10.000 Mark, ein weiterer 1.000. An Einnahmen aus Nagelung und Postkartenverkauf wurden weitere 2.000 Mark erzielt, so dass am Tag der ersten Nagelung 13.000 Mark eingenommen werden konnten.<sup>44</sup> Etwa ein halbes Jahr später wurden bei der „Enthüllungsfeier“ der Säule am 27. August des Jahres 1916 Einnahmen von rund 40.000 Mark registriert.<sup>45</sup>

Im November 1915 fasste der Schwerter Magistrat den Entschluss, ein „Kriegswahrzeichen als Denkmal unserer Opferwilligkeit“ benageln zu lassen. Dafür stellte der von Kommerzienrat Fleitmann, Mehrheitseigner der Vereinigten Deutschen Nickelwerke, aufgrund des Dreiklassenwahlrechts dominierte Magistrat als Grundstock 3.000 Mark zur Verfügung. Das Nickelwerk spendete darüber hinaus nochmals 1.000 Mark. Die offizielle Nagelung des „Schwerts von Schwerte“ begann am Sonntag, den 23. Januar 1916. Bis zur Beendigung der Sammlung wurden rund 50.000 Mark aufgebracht.

Einige Tage später, am 30. Januar 1916, fand im benachbarten Wetter die Weihe des „Eisernen Schwertes“ von Wetter statt. Zahlreiche Bürger sowie Vertreter der heimischen Vereine hatten sich zuvor auf Einladung von Wetters Bürgermeister Heinrich Winkelmann am 18. Januar getroffen, um über das Projekt zu beraten. Zwei Wochen nach Beginn der Aktion wurde die erste Zwischensumme von 40.041,70 Mark festgestellt und in der Zeitung veröffentlicht. Darin enthalten sind Einzelbeträge von 3.000, 5.000 und 10.000 Mark. Die Spender wurden namentlich nicht erwähnt. Auf den teilweise heute noch erhaltenen Firmen- und Familienschildern stehen u. a. folgende Namen: Frau Herm. Harkort, Fäulein Margarete Harkort, Geheimrat Gravemann, Frau Lautz, geb. Harkort, Wilhelm Harkort, Günter Harkort und Emil Brüninghaus.<sup>46</sup>

Erst im vierten Kriegsjahr, am 27. Januar 1917, mit einer deutlichen Verzögerung gegenüber den ursprünglichen Plänen, konnten die Wittener mit der Benagelung einer künstlerisch gestalteten Tür für den Sitzungssaal des neuen Rathauses beginnen. Schon im Oktober 1915 hatte der Vorstand des Vereins gewerbetreibender Kaufleute der Stadt Witten dem Magistrat einen Vorschlag auf Errichtung eines Kriegswahrzeichens unterbreitet. Gründe für die verzögerte Fertigstellung des Wahrzeichens lagen zum einen in Differenzen der Stadt mit den zuerst beauftragten Künstlern, zum anderen in der Einberufung des anschließend mit der Ausführung betrauten Bildhauers zum Kriegsdienst.

Aufgrund des relativ gut erhaltenen Aktenbestandes lässt sich die „aktivierende Rolle“ des Bürgertums bei der Konstruktion der Heimatfront für Witten besonders gut und ein-

43 Westfälischer Volksfreund v. 31. 12. 1915.

44 Recklinghäuser Zeitung v. 10. Januar 1916.

45 Ebd.: Ausgabe v. 28. 8. 1916.

46 Vgl. Thier, S. 214 ff.

drucksvoll nachweisen. Bereits am offiziellen Tag des Nagelungsbeginns lagen Zeichnungen in Höhe von 230.000 Mark vor. Zwei Wochen nach Nagelungsbeginn belief sich das Spendenergebnis nach einer Notiz der Stadtverwaltung für die Lokalpresse auf 261.996 Mark.<sup>47</sup> Neben der städtischen Stiftung von 20.000 Mark sowie zahlreichen Zuwendungen von meist mehreren tausend Mark aus dem Bereich der Privatindustrie spendeten – beispielsweise – das Guss-Stahlwerk Witten 50.000 Mark, die Wittener Unternehmer-Familie Nachrodt 10.000 Mark, die Sparkasse ebenfalls 10.000 Mark. Eine Spende in Höhe von 50.050 Mark machte der Fabrikbesitzer Max Lohmann, die Wittener Stahlröhrenwerke stellten 10.000 Mark für Kriegswohlfahrtszwecke zur Verfügung und das Wittener Bildungsbürgertum zeigte sich ebenfalls spendierfreudig.<sup>48</sup>

Der Ausschuss zur Nagelung eines Kriegswahrzeichens der Stadt Witten gab im Sommer 1917 eine weitere Pressenotiz an die Lokalzeitungen. Die Höhe der eingegangenen Spenden belaufe sich nunmehr auf 334.405,36 Mark. Der Fabrikant Gaff habe einen Nagelungsbeitrag von 3.000 Mark gestiftet.<sup>49</sup> „Damit das Ergebnis der Stiftung für die Nagelung des Kriegswahrzeichens der Stadt auf 350.000 Mark abgerundet werden kann, erkläre ich mich bereit, weitere 14.397 Mark zu zahlen“, kündigte der Inhaber der Maschinenfabrik Lohmann und Stolterfoth in einem Schreiben an die Stadt an.<sup>50</sup>

Oberhausen erhielt im April 1917 ein belgisches Beutegeschütz, eine 12 cm-Kanone. Darüber informierte das Artilleriedepot den Oberhausener Oberbürgermeister mit Schreiben vom 14. April 1917. Das Geschütz sei mit zwei weiteren Kanonen nach Oberhausen abgesandt worden und es werde gebeten, wegen der Ersparnis von Frachtkosten und Laderaum je eines der beiden Geschütze an die Städte Hörde und Herne weiterzusenden.<sup>51</sup> Von der Stadtverordnetenversammlung war in der Sitzung vom 31. Mai 1915 die Aufstellung einer Holzfigur vorgeschlagen worden, etwa ein Bergknappe, um diese als dauerndes Wahrzeichen gedachte Figur gegen ein Entgelt für Zwecke des Kriegsliebesdienstes mit einem „Panzer“ von Nägeln überziehen zu lassen.<sup>52</sup> Da die 1862 als Landgemeinde gegründete Stadt Oberhausen gänzlich ohne älteres oder geschichtliches Wahrzeichen sei, bat man das Kriegsministerium dann aber bereits im Oktober 1915 um die Überlassung eines Beutegeschützes.<sup>53</sup>

47 Sta. Witten: B 83. B 9, Bd. 1.

48 Sta. Witten: B 83. B 9, Bd. 1.

49 Vgl. Ebd: Schreiben der Stadt an die Presse v. 14.6.1917.

50 Vgl. Ebd: Schreiben Lohmann und Stolterfoth v. 12.9.1917 an die Verwaltung.

51 Sta. Oberhausen: Bestand Kriegswahrzeichen 620, Nr. 27.

52 Ebd.: Bestand Kriegswahrzeichen 606, Nr. 56.

53 Sta. Oberhausen: Bestand Kriegswahrzeichen.

## Magistrat, Arbeits- und Festausschuss als Spiegelbild der städtischen Honoratioren

Aufgrund von Anregungen aus Kreisen des Besitz- und Bildungsbürgertums auf Errichtung eines Kriegswahrzeichens, verbunden mit einer kräftigen „Anschubfinanzierung“, stimmten die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung der jeweiligen Städte einer Aufstellung zu. Bis 1919 war wirtschaftliche Selbstständigkeit Voraussetzung zur Ausübung bürgerlicher Rechte und Pflichten, wenngleich auch in der einen oder anderen modifizierten Art und Weise.<sup>54</sup> Die Kommunalpolitik wurde bis zum Ersten Weltkrieg überwiegend von Vertretern des Wirtschaftsbürgertums bzw. der Großbetriebe bestimmt.<sup>55</sup> So wird beispielsweise über die Hagener Stadtverordneten-Wahlen 1915 berichtet, dass mit einer einzigen Ausnahme die ausscheidenden Mitglieder der zweiten und ersten Abteilung (Bankier, Fabrikant, Bauunternehmer, Sanitätsrat von nationaler und freisinniger Partei) zur Wiederwahl angestanden hätten. „Die Wahlen haben also, wie unter dem Zeichen des Burgfriedens nicht anders erwartet werden konnte, eine Veränderung in der parteipolitischen Zusammensetzung unseres Stadtparlamentes nicht ergeben.“<sup>56</sup>

Zur weiteren Organisation und Durchführung der Aktionen bildete man Arbeits- oder Ehren- und Festausschüsse, die sich, ebenso wie Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, fast ausschließlich aus Angehörigen der mittleren und gehobenen bürgerlichen Schichten der Städte rekrutierten. Diese Ehren- und Festausschüsse waren in allen Städten personell außerordentlich stark besetzte Gremien. Namen und Berufe der Ausschussmitglieder wurden in Zeitungsanzeigen, mit denen die Bevölkerung zu den Eröffnungsfeierlichkeiten der Kriegswahrzeichen eingeladen wurden, veröffentlicht. Exemplarisch werden nachstehend die Ehren- und Festausschüsse der Städte Witten und Hagen vorgestellt.

Dem Wittener Ehrenausschuss gehörten 32, dem Festausschuss 157 Mitglieder an, ausschließlich Männer. Der Festausschuss wurde dominiert von Fabrikdirektoren, Hüttendirektoren, Schlachthofdirektoren, von Fabrikbesitzern, Kaufleuten, Prokuristen, Professoren, Apothekern, Architekten. Ihm gehörten allein 14 Rektoren und Lehrer sowie vier Geistliche an. Unter den 157 Mitgliedern waren je ein Walzer, ein Schlosser, ein Rentner und einige Wirte. Das Militär war im Festausschuss durch einen Rittmeister, im Ehrenausschuss durch einen Major vertreten.<sup>57</sup>

Die personelle Zusammensetzung des Hagener Hauptausschusses mit weit über 100 Ausschussmitgliedern ist ebenfalls ein Spiegelbild der beiden sozialen Gruppierungen, die seinerzeit die Geschicke der Hagener Kommunalpolitik bestimmten: Unternehmer vom Brennerbesitzer und Hofpianofabrikanten über den Walzwerksbesitzer bis hin zum Bauunternehmer, zu Fabrikdirektoren, Kommerzienräten und Geh. Kommerzienräten. Den Schwerpunkt im Ausschuss bildeten die akademischen Berufe wie Justiz- und Sanitätsrat, Geheim. Oberjustizrat, Handelskammersyndikus oder Regierungsbaumeister. Die Geist-

54 Vgl. Gustav Luntowski: Kleine Geschichte des Rates der Stadt Dortmund, Dortmund 1970, S. 40.

55 Vgl. Gustav Luntowski: Die kommunale Selbstverwaltung, Dortmund 1977, S. 97.

56 Westfälisches Tageblatt Hagen v. 22. 12. 1915.

57 Sta. Witten: I 13d 26 B 3 sowie Wittener Volkszeitung v. 18. Januar 1917.

lichkeit war vom Superintendenten bis zum Pfarrer, die Lehrerschaft vom Oberschulrat bis zum Lehrer ebenso im Ausschuss präsent wie das Militär und der Adel.<sup>58</sup> Darüber hinaus waren zwei Schmiede, ein Hammerschmied, ein Schmiede- sowie ein Bäckermeister Ausschussmitglieder.

### Die Einweihungsfeiern: „Ein Reich, ein Volk, ein Siegeswille“

Die Feierlichkeiten zur Einweihung der Kriegsmale liefen in allen Städten nach dem gleichen Muster ab: Aufmarsch der seinerzeit außerordentlich zahlreichen Vereine, flatternde Fahnen, Marschmusik, Rezitation von Gedichten und patriotische Reden der Lokalhonoratioren, Männerchöre und gemeinsame Gesänge sowie das obligatorische „Hoch“ auf den Kaiser waren fester Bestandteil des Veranstaltungsablaufs. Im Folgenden werden pars pro toto Festvorbereitungen und Festakt am Beispiel Schwertes beschrieben.

Die Präsentation des Schwerter „Nagelschwertes“ war von den Initiatoren öffentlichkeitswirksam auf die vorgezogene Kaisergeburtstagsfeier gelegt worden, die von den verschiedenen „militärischen Vereinen des Kirchspiels Schwerte“ bereits seit Wochen für den 23. Januar 1916 sorgfältig vorbereitet worden war. „Zur Feier des Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers“ war von den Landwehr-, Kampfgenossen- und Kriegervereinen in der heimischen Presse eine große Anzeige geschaltet worden. Aber auch der Schwerter Turnverein und der Evangelische Arbeiter- und Bürgerverein, mit 600 Mitgliedern der größte Verein der Stadt, sowie der Schützenbund luden die Bevölkerung über Anzeigen zur Teilnahme ein. Für den Magistrat hatte Bürgermeister Emil Rohrmann die „Mitbürger“ aufgerufen, das Kriegswahrzeichen zu nageln.

Am Einweihungstag sammelten sich die militärischen Vereine gegen neun Uhr in ihren Vereinslokalen. „Mit klingendem Spiel“ und flatternden Fahnen marschierten sie von dort, die Jugendwehr, das Wachkommando und die „Feldgrauen“ aus den Lazaretten an ihrer Seite, in die Kirche zum Festgottesdienst. Kurz vor Beendigung der kirchlichen Feiern kamen die Vertreter der übrigen Vereine, die städtischen Vertretungen sowie die Ehrengäste auf dem Marktplatz zusammen und bald darauf ging „es mit rauschender Musik zum Kriegerehrenmal, um der gefallenen Heldenöhne unserer Stadt zu gedenken“.<sup>59</sup>

Nachdem der Sängerkhor das damals gern gehörte Lied „Wir Deutsche fürchten Gott ...“ – nach dem bekannten Bismarck-Diktum – interpretiert hatte, trieb der Bürgermeister mit den Worten „Dem Ganzen zum Heil, tut jeder sein Teil“ für die Stadt den ersten Nagel in das hölzerne Schwert. Es folgte Geheimer Kommerzienrat Fleitmann sowie Direktor Terbrüggen, wie Fleitmann ebenfalls Nickelwerk-Vertreter. Während die Musikkapelle patriotische Weisen spielte, traten die Mitglieder der einzelnen Vereine und Kooperationen an das Wahrzeichen und „ununterbrochen ertönten die Hammerschläge, von manchem kernigen deutschen Wort begleitet“.<sup>60</sup>

58 Hagener Zeitung v. 27. II. 1915.

59 Schwerter Zeitung v. 24. I. 1916.

60 Schwerter Zeitung v. 24. I. 1916.

In allen Städten war der Ablauf der Feierlichkeiten ähnlich. Die Redebeiträge der örtlichen Honoratioren beschworen Einigkeit, Opferbereitschaft, Heldenhaftigkeit und Durchhaltewillen der Bevölkerung. Wie ein roter Faden zogen sich durch alle Festreden – leicht variiert – die Worte Kaiser Wilhelms: „Aber ich weiß, daß mein Volk auch in diesem Kampf mit der gleichen Treue, Einmütigkeit, Opferwilligkeit zu mir steht, wie es in früheren schweren Tagen zu meinem in Gott ruhenden Großvater gestanden hat.“<sup>61</sup>

### **Ausrichtung der Mehrheitsbevölkerung auf bürgerliche Ziele durch Inklusion**

Die offiziellen Weiheakte der Kriegswahrzeichen waren in den jeweiligen Städten ein öffentliches Ereignis mit im Allgemeinen großer Resonanz in der Bevölkerung. Nach Zeitungsberichten säumte schon lange vor Beginn der festgesetzten Zeit „eine nach vielen Tausenden zählende Menge die Bürgersteige“.<sup>62</sup> Doch die Initiatoren hatten die Projekte zur Realisierung ihrer Zielsetzungen über den einmaligen Einweihungsakt hinaus teilweise über Jahre durch entsprechende Maßnahmen weiter in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit zu rücken.

Um das Interesse weitester Bevölkerungskreise für die Nagelung des Kriegswahrzeichen „dauernd anzuregen und wach zu erhalten“,<sup>63</sup> wurde vom Schwerter Magistrat eine besondere Kommission aus Mitgliedern der städtischen Vertretungen und der Bürgerschaft eingesetzt. Auf Vorschlag dieser Kommission sollte in den kommenden Monaten nach der Errichtung des „Nagelschwertes“ an jedem Sonntag eine die Allgemeinheit interessierende Veranstaltung in Verbindung mit der Nagelung des Schwertes durch Schüler und Vereine angeboten werden. „Auf diese Weise soll die Einwohnerschaft auf die Wichtigkeit und Notwendigkeit hingewiesen werden und auch dahingehend beeinflusst werden, die vorläufig noch bestehende Scheu, die da fürchtet, durch Einschlagen von Nägeln dränge man sich zu sehr in den Vordergrund, abzulegen.“<sup>64</sup>

Der Ehrenbürger der Stadt Schwerte, der Geh. Kommerzienrat Fleitmann, teilte nach einer Notiz der Stadtverwaltung mit, er stifte 1.000 Mark für die bedürftigen Hinterbliebenen der gefallenen Schwerter Soldaten und ferner 1.000 Mark für die Schwerter Schuljugend, damit dieser die Nagelung des Kriegswahrzeichens ermöglicht werde.<sup>65</sup>

61 Sta. Essen: Kaiserlicher Erlaß an den Kultusminister v. 2.8.1914, in: Chronik der Stadt Essen 1914, S. 118/19. Essens Oberbürgermeister Holle griff bei dieser Gelegenheit ganz offensichtlich die kaiserliche Vorstellung auf und führte u. a. aus: „ (...) aber wir stehen gerüstet und furchtlos da, und alle Deutschen fühlen sich heute ein in ihrer Kampf- und Opferbegeisterung. Deutschlands Einheit ist seine Stärke.“ (Chronik der Stadt Essen, 1914, S. 120). Justizrat Busch hob bei der Einweihung der Recklinghäuser Bergmannssäule die Bedeutung der Kohle hervor, die nicht geringen Anteil an den Erfolgen des Volkes im Kriege habe und bezeichnete die Kohle als „Mutter des Sieges“. Eisern sei der Wille zum Sieg. In diesem Sinne seien Fürsten, Stämme und Stände einig: „Ein Reich, ein Volk, ein Siegeswille“.

62 Hagener Zeitung v. 29. 11. 1915.

63 SZ v. 8.2.1916.

64 SZ v. 8.2.1916.

65 Sta. Schwerte: B 6854.

Der Gelsenkirchener Kochgerätehersteller Küppersbusch antwortete auf eine Spendenbitte des Oberbürgermeisters, man habe seine Pflicht erfüllt und überlasse es den Beamten des Unternehmens gern, ebenfalls ihre Pflicht zu tun, indem man wiederholt auf den Zweck der Einrichtung hinweise.<sup>66</sup> Demgegenüber zeigten sich die Gelsenkirchener Gußstahl- und Eisenwerke kooperativer und erklärten sich im Interesse der Sache bereit, „für unsere Arbeiter 1.000 Nägel à 50 Pfennig zum Einschlagen in das Eiserne Schwert von Gelsenkirchen zu erwerben“.<sup>67</sup> Hamm veranstaltete ein Wohltätigkeitskonzert, dessen Erlös dafür bestimmt war, unbemittelten Schulkindern das Nageln zu ermöglichen.<sup>68</sup>

Zum Weihnachtsfest 1915 wurden über eine Zeitungsnotiz die Hagener Kinder, Dienstmädchen und Angestellten über eine gestiftete Nagelkarte mit in die Spendenaktion einbezogen. „Hochherzige Mitbürger“ hatten bei dieser Gelegenheit ebenfalls an die Waisenkinder gedacht und Beträge zur Verfügung gestellt, aus denen allen Kindern der Waisenhäuser „Nagelkarten auf den Weihnachtstisch gelegt werden konnten“.

Staatliche Stellen versuchten, auf dem Wege bürokratischer Verordnungen offensichtlichen Anzeichen von Kriegsmüdigkeit in den Schulen entgegenzuwirken und Lehrer und Schüler erneut und stärker für den Krieg zu interessieren, nach Möglichkeit zu begeistern. Die Abteilung für Kirchen und Schulwesen der Königlichen Regierung Arnberg erließ am 4. September 1915 eine Verfügung an die Schulaufsichtsbehörden. Darin bezog sie sich u. a. auf eine Verfügung vom 22. November 1895 (B II Nr. 19066 – Sachse – Körnig, 4. Aufl. S. 420) und rief in Erinnerung, im zweiten Kapitel der Verfügung seien die Auswirkungen des Krieges auf die Schule selbst darzustellen wie Namen der eingezogenen, gefallenen oder verwundeten Lehrer und eben auch die Beteiligung am Kriegsliebedienst, konkret also auch die Beteiligung der Schulen an den Nagelungsaktionen der Kriegswahrzeichen. „Einem Bericht darüber, daß die gegebenen Weisungen in allen Schulen Ihres Aufsichtsbezirks beachtet worden sind und werden, sehen wir bis zum 1. April 1916 entgegen“,<sup>69</sup> hieß es abschließend.

## Nationalgabe, Kriegswahrzeichen und Finanzen

Nachdem in den größeren Städten des Reiches allenthalben Kriegswahrzeichen errichtet wurden, wandte sich die „Nationalgabe“, neben der „Vaterlands-Sammlung“ eine zweite Hilfsorganisation der Nationalstiftung, aus der „Notwendigkeit heraus, sich weitere Geldquellen zu erschließen“, an die Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister der Städte mit über 10.000 Einwohnern und bat sie, den Wunsch der Nationalgabe auf Errichtung weiterer Kriegswahrzeichen in kleineren Städten und Landgemeinden zu unterstützen.

66 Sta. Gelsenkirchen: XV III.

67 Vgl. ebd.

68 Anzeige Westfälischer Volksfreund v. 1.1.1916.

69 Sta. Münster: Abteilung für Kirchen- und Schulwesen II. 2. Nr. 3235.

Durch Mitarbeit namhafter Künstler sei die Nationalstiftung in der Lage, geschmackvolle Nagelungswahrzeichen zur Auswahl anzubieten, die, um die Aufstellungskosten niedrig zu halten, entweder von ortsansässigen Handwerkern hergestellt oder aber von der Nationalgabe selbst geliefert werden könnten. Um das lokale Interesse an den Nagelungen zu fördern, schlug der Berliner Minister des Innern in seinem Rundschreiben an sämtliche Oberpräsidenten vor, auf Wunsch ein Viertel der Nagelungserträge der Kriegswohlfahrtspflege des betreffenden Bezirks zu überweisen. Der Rest sollte der Nationalstiftung zufließen.<sup>70</sup>

Die Stadt Castrop, der eine Kopie des Aufrufs zur Kenntnis und zur Äußerung darüber, ob die Errichtung eines Kriegswahrzeichens beabsichtigt sei, bis zum 1. Oktober zugeleitet worden war, antwortete knapp: Die Errichtung eines ehernen Wahrzeichens sei bereits seit längerer Zeit geplant und beschlossen gewesen. Aus diesem Grunde komme die Errichtung eines Wahrzeichens seitens der Nationalstiftung für den Castroper Bereich nicht infrage.<sup>71</sup> „Zwecks Berichterstattung“ an den Regierungspräsidenten ersuchte der Königliche Landrat Dortmund unter Bezugnahme auf diesen Bericht um Angabe, welchen „geldlichen Erfolg diese Nagelung des dort errichteten ehernen Wahrzeichens bisher gehabt hat“.<sup>72</sup>

In einem Brief an die Stadt Schwerte wies die Nationalgabe darauf hin, sie plane eine Sammlung von Abbildungen aller in der Kriegszeit errichteten Wahrzeichen, die nach dem Kriege veröffentlicht werden sollte. Deshalb lege man großen Wert auf eine möglichst vollzählige Zusammenstellung von Abbildungen der Kriegswahrzeichen aus allen Gauen und bat um Übersendung eines entsprechenden Fotos des Schwerter Nagelschwertes. Die Nationalgabe habe es sich zur Aufgabe gemacht, die Erträge sämtlicher Nagelungsaktionen im Reich zu vereinen, um den Hinterbliebenen der Gefallenen eine dauernde finanzielle Unterstützung sichern zu können. Der Bürgermeister wurde gebeten, sich dafür zu verwenden, dass der Nationalgabe die Erträge oder zumindest ein Teil derselben zur Verfügung gestellt würden.<sup>73</sup>

Mit Rundschreiben vom 29. März 1917 machte der Provinzialausschuss der Nationalstiftung für die Provinz Westfalen in Münster die Landräte und Bürgermeister der Provinz darauf aufmerksam, dass die Annahme von Spenden über 5.000 Mark nach einer Mitteilung des Preußischen Landesausschusses der Nationalstiftung der „Allerhöchsten Genehmigung“ bedürfe. Dem Landesausschuss sei monatlich eine Aufstellung solcher Spenden zu übergeben.

Im Oktober 1917 erfolgte ein Aufruf zur Gründung einer Nationalstiftung für die Kriegshinterbliebenen. In Bochum übernahmen 53 Bürger das Ehrenamt eines Werbers. Die Bochumer Einwohner spendeten für diesen Zweck 98.545,54 Mark. Von den industriellen

70 Sta. Castrop: Vgl. Schreiben des Ministers des Innern v. 17.8.1915, 191 XII/V/Nr. 39.

71 Ebd.: 191 XII/V/Nr. 39, Schreiben der Stadt an den Dortmunder Landrat v. 28.9.1915.

72 Sta. Castrop: 191 V II/V, Nr. 39: Schreiben des Landrats an den Castroper Bürgermeister v. 15.1.1916.

73 Sta. Schwerte: B 6854, Schreiben der Nationalgabe v. 18.3.1916.

Großbetrieben Bochums wurden für den gleichen Zweck 1.262.400 Mark aufgebracht und unmittelbar an den Provinzialausschuss in Münster abgeführt.<sup>74</sup>

Das gesamte Spendenaufkommen aus der Wittener Nagelungsaktion umfasste im April 1917 329.105, 26 Mark, beantwortete der Erste Bürgermeister Laue den Brief aus Münster. „Die städtischen Körperschaften beabsichtigten, hiervon einen erheblichen Betrag an die Nationalstiftung abzuführen.“<sup>75</sup> Mit einem weiteren Schreiben bat der Provinzialausschuss Münster daraufhin um Auskunft über die Höhe des Betrages, den Witten der Nationalstiftung zur Verfügung stellen wolle und ob evtl. bereits Teilbeträge an die Nationalstiftung abgeführt worden seien.<sup>76</sup> Das Staatsministerium erteilte dann mit der Genehmigungs-urkunde IV b 28. vom 10. Mai „auf Grund Allerhöchster Ermächtigung seiner Majestät des Königs“ auch die Genehmigung zu den größeren Zuwendungen, die der Stadtgemeinde Witten gemacht worden waren und um deren Genehmigung Witten zwischenzeitlich nach-gesucht hatte.<sup>77</sup>

Entsprechend dem Magistratsbeschluss vom 3. April 1919 wurde der nach Deckung aller Unkosten die Summe von 300.000 Mark übersteigende Betrag als Spende an die Nationalstiftung Berlin überwiesen. Für diese Überweisung sollten nach einer Verfügung vom 27. Oktober möglichst Krieganleihen zum Nennwert verwandt werden. Die Spendenhöhe belief sich am 1. April 1919 auf insgesamt 384.537,20 Mark.

Gesetzliche Basis der Rentenversorgung der Kriegshinterbliebenen war das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907. Die dadurch zugesicherte gesetzliche Kriegshinterbliebenenfürsorge wurde finanziell aufgestockt durch Zuwendungen aus freiwilligen Spenden und Stiftungen wie beispielsweise aus dem schwerpunktmäßig in Krieganleihen anzulegenden Erlös der Nagelung der Kriegswahrzeichen. Krieganleihen waren mangels anderer Kriegsfinanzierungsmöglichkeiten für das Reich die einzige Alternative zur Geldschöpfung. Diese Anleihen wurden meistens in Form öffentlicher Pfandbriefe aufgenommen und zu einer Rate von fünf Prozent über zehn Jahre bei halbjährlicher Zinszahlung eingelöst. Die für das Frühjahr 1918 geplante Michael-Offensive löste eine hoffnungs- und erwartungsvolle Stimmung sowohl in der Heimat als auch im Heer aus. „In diesen Wochen wurde ein Höhepunkt des deutschen Machtgefühls erreicht.“<sup>78</sup> Beträchtlicher öffentlicher Druck sowie der Wunsch nach Beendigung des Krieges durch einen Sieg, der den Verlierern die Kriegskosten aufgebürdet hätte, förderten den Absatz von Krieganleihen. Der relativ große Erfolg der Krieganleihen-Akzeptanz durch die Bevölkerung zeigt deutlich den Erfolg einer alle Lebensbereiche erfassenden und durchdringenden Propaganda zugunsten einer gemeinsamen nationalen Kriegsanstrengung.<sup>79</sup> Insgesamt nahm die Reichsregierung auf diese Weise fast 100 Milliarden Mark ein.<sup>80</sup> Allerdings: Ein im Sommer 1914 für 1.000 Mark gehandelter

74 Sta. Bochum: Verwaltungsbericht 1913–1924, S. 197.

75 Vgl. ebd.

76 Ebd.: Städtisches Schreiben an den RP Arnberg v. 17. April 1917.

77 Ebd.

78 Eberhard Kolb: Der Frieden von Versailles, München 2005, S. 14.

79 Vgl. Wolfgang J. Mommsen: Der Erste Weltkrieg, Frankfurt am Main 2004, S. 44.

80 Vgl. Roger Chickering: Das Deutsche Reich und der Erste Weltkrieg, München 2002, S. 128 ff.

Kriegsanleiheschein hatte zwar vier Jahre später, im Sommer 1918, immer noch einen Nominalwert von 1.000 Mark, war aber aufgrund der Inflation real nur noch 300 Mark wert.<sup>81</sup> Insofern war die Anlage des Spendenaufkommens aus den Nagelungsaktionen durch den für das Reich negativen Kriegsverlauf kontraproduktiv.

## Zusammenfassung

Mit zunehmender Dauer des Krieges und den hieraus resultierenden steigenden finanziellen Verpflichtungen versuchten die Städte, die als Lieferungsverbände bei den Unterstützungszahlungen an die Familien der Kriegsteilnehmer, deren Hinterbliebenen und die Kriegsverehrten zunächst in Vorlage zu treten hatten, sich durch die Errichtung von Kriegswahrzeichen neue Geldquellen zu erschließen.

Initiiert, organisiert und zum größten Teil häufig mit beträchtlichen Spendengeldern ausgestattet wurden die Errichtung sowie die damit verbundenen Folgeaktionen von einflussreichen Kreisen des lokalen Wirtschafts- und Bildungsbürgertums, den sozialen Gruppierungen, bei denen sich ebenfalls der „Geist von 1914“ festmachen lässt. Klaus Tenfelde spricht in einem anderen Zusammenhang von einer „Allianz der Eliten“. Denn „der Kaiser galt den meisten – nicht allen – Industriellen als Rückhalt gegen die steigende Macht der Sozialdemokratie und Gewerkschaften“.<sup>82</sup>

Patriotische Reden der Lokalhonoratioren – in Bochum und Dortmund wurden diese Reden von ranghohen Militärs gehalten, in Recklinghausen sowie Hagen lieferten sie Redebeiträge – gehörten zum festen Ritus der Einweihungsveranstaltungen. Leicht variiert zog sich die „Gewissheit“ von Treue, Einmütigkeit und Opferwilligkeit des deutschen Volkes, von der Kaiser Wilhelm zu Kriegsbeginn gesprochen hatte, auch nach einem Kriegsjahr durch alle Wortbeiträge.<sup>83</sup> Im Sinne des höheren Stadtbürgertums präsentierte man sich bei derartigen festlichen Gelegenheiten als harmonische Einheit aller Klassen und Stände, nach Vereinen geordnet. „Alle großen Feste (...) folgten diesem Repräsentationsmuster, dem eine kurz vor dem Ersten Weltkrieg allgemein verbreitete nationale Festdramaturgie der Bürgermeister, ihrer Festkomitees (...) zugrunde lag.“<sup>84</sup> Die Nagelungsfeiern waren Rituale patriotischer Gesinnungsbildung, sorgfältig ausgearbeitete Inszenierungen mit Demonstrationsfunktion.

Essen erhielt mit dem „Essener Schmied“ am 25. Juli 1915 als erste Stadt im Ruhrgebiet ein Kriegswahrzeichen. Weitere Wahrzeichen entstanden bis zum Jahresende in den Städten Gelsenkirchen, Dortmund, Castrop, Bochum, Mühlheim, Hamborn und Hagen, noch im Januar 1916 in Hamm, Recklinghausen, Schwerte und Wetter und nur in Witten und Oberhausen erst im dritten Kriegsjahr 1917. Insofern kann von einer durch das Besitz- und Bil-

81 Vgl. ebd. S. 133.

82 Klaus Tenfelde: „Krupp bleibt doch Krupp“, Essen 2005, S. 145.

83 „... alle Deutschen fühlen sich heute eins in ihrer Kampf- und Opferbereitschaft. Deutschlands Einheit ist seine Stärke“. Essens Oberbürgermeister Holle in einer Rede zur Auftaktveranstaltung zum „Kriegsliebdesdienst.“ (Essener Chronik 1914, S. 120).

84 Heinz Reif: Die verspätete Stadt, Berlin 1993, S. 328.

dungsbürgertums als Reaktion auf staatliche Vorgaben über den „Essener Schmied“ ausgelöst Initialzündung zur Eigenmobilisierung der übrigen Städte des Ruhrgebiets auf Errichtung von Kriegswahrzeichen ausgegangen werden. Dafür spricht auch der Brief, mit dem die Wittener Stadtverwaltung sich vor Nagelung eines eigenen Wahrzeichens bei den umliegenden Städten über die finanziellen Erträge der Aktionen informierte.<sup>85</sup> Andererseits wiederum kann der Druck der Nationalgabe auf Regierungspräsidenten, Landräte und Bürgermeister, nach der Errichtung von Kriegswahrzeichen in größeren Städten diese auch in kleineren Städten und Gemeinden zu etablieren, als staatliche Reaktion auf erfolgreiche bürgerliche Aktionen gewertet werden.

Wenn Stefan Goebel der Auffassung ist, „dass der Front-Heimat-Nexus an der Ruhr stärker akzentuiert wurde als im restlichen Reichsgebiet“<sup>86</sup> und als ihren Helden den Arbeiter-Soldaten „als Typus des totalen Krieges“<sup>87</sup> ausmacht, so ist zu bedenken, dass die Wahl von Schmieden oder Bergleuten als Kriegswahrzeichen-Motive im Ruhrgebiet durch Traditionsbezüge (in Hagen ausdrücklich „als Wahrzeichen heimischen Gewerbefleißes, als ein Sinnbild von Westfalens Art“<sup>88</sup> hervorgehoben) und die wirtschaftliche Bedeutung der Kohle- und Stahlindustrie auf der Hand lag. Darüber hinaus wählten lediglich drei von den 15 untersuchten Städten dieses Motiv. Gelsenkirchen kam zu seinem „eisernen Schwert“ nur aus Gründen der Kostenersparnis, in Schwerte wurde ein „eisernes Schwert“ in Anlehnung an das Stadtwappen genagelt, in den übrigen Städten ebenfalls Motive von Stadtwappen, Stadtpatronen oder Stadtgründern mit einem Nagelpanzer überzogen. Überdies wurden traditionsbehaftete Symbolfiguren, z. T. mit Bezügen zur germanischen Mythologie wie Siegfriede, Wehrmänner, Ritter, Michaela und Rolande, auch in anderen Städten des Kaiserreichs genagelt.

Über die städtische „Lenkungs-Allianz“ aus Geld und Bildung mit ihren öffentlich formulierten und verbreiteten vaterländisch-nationalen Einstellungen und Erwartungen waren soziale Akteure aus dem lebhaften städtischen Vereinsleben in die Vorbereitung und Durchführung der Feierlichkeiten eingebunden. Regelmäßig namentlich genannt werden in der Berichterstattung, neben den riesigen Menschenmengen, beispielsweise „vor allem der Dortmunder Jugend“, <sup>89</sup> Vertreter der staatlichen, militärischen und städtischen Behörden, Mitglieder von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, die sich der Bevölkerung gern am Marktplatz darstellten. Am Festumzug selbst nahmen die zahlreichen „vaterländisch“ gesinnten Krieger- und Landwehrvereine, die Kampfgenossenschaften, Turnvereine, Jungmannschaften und Jungwehren sowie Schulen und Schützenvereine teil.

Dieter Düding geht von der These aus, dass die „Kriegervereine im Prozess der Nationalisierung und Militarisierung breiter Bevölkerungsschichten im Kaiserreich – insbesondere

85 Sta. Witten: B 83 b 9.

86 Goebel, S. 257.

87 Goebel, S. 264.

88 Westf. Tageblatt v. 29. II. 1915.

89 Dortmunder General-Anzeiger v. 27. 9. 1915.

in wilhelminischer Zeit – eine exzeptionelle Rolle spielten“.<sup>90</sup> Bildungsbürger und höhere, inaktive Militärs agierten als Vereinsvorsitzende und Verbandsvorstände. Militärischer Oberleiter der Mülheimer Jugendkompanien war ein Oberstleutnant Grote, der Verbandsvorsitzende des Kreis-Kriegerverbandes Dortmund Stadt und Land Major Walter aus Dortmund.<sup>91</sup> In Schwerte war die Einweihungsfeier von den Krieger- und Landwehrvereinen vorbereitet worden. Krieger-, Landwehr-, Kavallerie- und Kampfgenossenschaften zählten im Jahre 1913 allein in Schwerte rund 1.000 Mitglieder, im Bereich Hamm gab es mindestens sechs derartige Vereine.<sup>92</sup>

Die Vorsitzenden lieferten mit Beiträgen auf Tagungen und in der Verbandspublizistik das Rüstzeug zur militärischen Ideologisierung der Vereinsmitglieder.<sup>93</sup> Dieser von staatlicher Seite unterstützte Militarisierungsprozess war seitens der Vereinsfunktionäre begleitet von heftiger, antisozialdemokratischer Agitation. Seit den frühen 1890er Jahren wurde jedes Vereinsmitglied, das als Sozialdemokrat oder als Gewerkschaftsmitglied an einer SPD-Veranstaltung oder an einer Maifeier teilgenommen hatte, konsequent aus dem Kriegerverein ausgeschlossen.<sup>94</sup>

Bei den Turnern wird es sich in der Regel, wie nachweislich für Wetter und Schwerte, um im Deutschen Turnerbund zusammengeschlossene Turnvereine mit bürgerlicher, politisch nationaler Komponente gehandelt haben. Die Arbeitervereine gründeten nach Auslaufen des Sozialistengesetzes 1893 den Arbeiter-Turnerbund (ATB). Diese Bewegung wurde 1911 als politisch erklärt, mit der Folge polizeilicher Überwachung. Zu der sehr kleinen Schicht des akademisch gebildeten Bildungsbürgertums zählten u. a. Pfarrer und Gymnasiallehrer. Aus der alten Verbindung von Thron und Altar in Preußen wuchs den evangelischen Pfarrern eine staatstragende Funktion zu. Sie, aber auch ihre katholischen Amtsbrüder, wirkten über zahlreiche Vereine – die Lehrer über die Schulen – konservativ-national auf die Bevölkerung ein.

Die Organisatoren versuchten, die Bevölkerung mit unterhaltenden Folgeaktionen über einen längeren Zeitraum in die Nagelprojekte einzubinden. Privatpersonen stellten Geldbeiträge für entsprechende Aktionen für Schulkinder, selbst für Waisenkinder und Dienstmädchen zur Verfügung, die Bezirksregierung nahm über Schulaufsicht und Lehrer Einfluss auf die Teilnahme der Schulklassen an den „Liebesdiensten“; Unternehmungen kauften Nägel für ihre Belegschaft und Chöre gaben für diese Zwecke Wohltätigkeitskonzerte. Dennoch ließ der Erfolg aus Sicht der Veranstalter offensichtlich zu wünschen übrig. Denn die „Schwerter Zeitung“ wies auf derartige Folgeveranstaltungen hin mit der Bemerkung, die Einwohnerschaft brauche nicht zu befürchten, sich durch das Einschlagen von Nägeln in den Vordergrund zu drängen. „Diese Scheu aber ist eine durchaus falsche.“<sup>95</sup> Genau 136

90 Dieter Düding: Die Kriegervereine im wilhelminischen Reich und ihr Beitrag zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft, in: Jost Dülffer/Karl Holl (Hg.): *Bereit zum Krieg*, Göttingen 1986, S. 101.

91 *Tremonia* v. 30.7.1914.

92 Anzeigen in „Westfälischer Volksfreund“ v. 31.12.1915.

93 Vgl. ebd., S. 105.

94 Vgl. Düding, S. 113/114.

95 *Schwerter Zeitung* v. 8.2.1916.

Zeitungsartikel, die sich mit dem Kriegswahrzeichen Wetters beschäftigten, hat Dietrich Thier in der Zeit zwischen dem 21. Januar 1916 und dem 27. Dezember 1918 in der Wetter-schen Zeitung ausgemacht, um diesen Umstand für den „Nachrichtenwert und damit auch das Interesse der Bevölkerung sehr hoch zu bewerten“.<sup>96</sup> Nach aller Erfahrung ist das Gegenteil der Fall: „Die Nationalliberalen, die meinungsbildend auf die Lokalzeitung in der Lokal-berichterstattung eingewirkt haben“,<sup>97</sup> mussten versuchen, dieses Interesse durch eine inten-sive Berichterstattung im Sinne ihrer politischen Zielrichtung zu wecken.

So leitete auch Essens Oberbürgermeister Holle die Sitzung der Essener Stadtverordne-ten am 31. Juli 1914 u. a. mit folgenden Worten ein: „Ich bin aber doch zu der Ansicht gekommen, diese Sitzung abzuhalten, denn gerade in der gemeinsamen Arbeit aller Kreise im Dienste des Gemeinwohls sehe ich das einigende Band. Dieses Gemeinsamkeitsgefühl aller Bürger zu stärken, wird in diesen Zeiten unsere erste Aufgabe sein, denn dieses Gefühl ist die starke Stütze unseres Vaterlandes.“<sup>98</sup>

Es lässt sich vor diesem Hintergrund folgendes Fazit ziehen:

- a) Die Errichtung von Kriegswahrzeichen im Ruhrgebiet ab Sommer 1915 sowie die damit verbundenen öffentlichen und in der Presse veröffentlichten Folgeaktionen wurden von einflussreichen Vertretern des Besitz- und Bildungsbürgertums aufgrund der mit Dauer des Krieges immer schwieriger werdenden Kassenlage der Kommunen und ihrer gesetz-lichen Vorlageverpflichtung zur finanziellen Unterstützung der Familien der Kriegsteil-nehmer und der Kriegsversehrten initiiert, unter gezielter Einbeziehung der Bevölkerung in den Veranstaltungsablauf – auch durch Regierungsstellen – organisiert und zum gro-ßen Teil mit namhaften Spendenbeträgen finanziert.
- b) Die Kriegswahrzeichen hatten eine Doppelfunktion. Über ihren primären Zweck der Linderung aktueller Notsituationen der Familien von Kriegsteilnehmern bzw. deren Hinterbliebenen hinaus wurden sie durch die verbale Anbindung der Feiern an den vermeintlichen „Geist von 1914“ mit seinen Topoi Opferbereitschaft, Heldenhaftigkeit, Durchhaltewille und Unterordnung des Einzelnen unter die Gemeinschaft zur mora-lischen Mobilisierung der Bevölkerung als mentale Basis des Sieges instrumentalisiert und bildeten in diesem Sinne von Anfang an eine emotionale Brücke zwischen Heimat und Front. Diese „Vorlage“ des Bürgertums wurde von der Kriegspropaganda später mit ihrer Forderung nach „Frontgeist in die Heimat“, mit dem „mannhaften Geist der freu-digen und freiwilligen Selbsthingabe des Einzelnen für die Gesamtheit“ aufgegriffen.
- c) Die soziale Konstruktion der euphorischen Stimmungslage wurde im August 1915 durch die Initiative der „Nationalgabe“ zur Errichtung weiterer Nagelwahrzeichen ebenfalls in kleinen Städten und Landgemeinden mit dem Ziel der Erschließung neuer Geldquellen in ihrer Entfaltung weiter verstärkt.

96 Thier, S. 213.

97 Ebd., S. 214.

98 Chronik der Stadt Essen 1914, S. III.

- d) Wie sehr schließlich die über die mehrheitlich bürgerlich-national orientierte Presse – auch unter dem Druck der Pressezensur – in der Öffentlichkeit verbreitete Konstruktion einer patriotischen und opferbereiten kollektiven Identität lediglich eine Fiktion des Bürgertums war, zeigen nicht zuletzt die Bemühungen der Berliner Nationalgasse um Kontrolle und Zentralisierung der Sammlungsergebnisse, die weitgehend am lokal ausgerichteten Interesse der Städte scheiterten.
- e) Die dargelegte „aktivierende Rolle“ des Besitz- und Bildungsbürgertums bei der Errichtung von Kriegswahrzeichen verdeutlicht zumindest in der verbalen Außendarstellung die mentalen Dispositionen dieser Sozialformation auch noch mit einem „time lag“ von eineinhalb bis zwei Jahren nach Kriegsbeginn im August 1914.
- f) Das in erster Linie in dieser kleinen gesellschaftlichen Führungsschicht des Kaiserreichs verankerte, von Regierungsseite und bürgerlicher Funktionselite beschworene Narrativ des „Geistes von 1914“ wurde durch die offizielle und medial vermittelte Inszenierung der Nagelungsaktionen über diese sozialen Akteure hinaus im öffentlichen Raum verstärkt, verbreitet und so als eine angeblich die gesamte Bevölkerung umfassende euphorische Stimmungslage an die Nachfolgenerationen weitergegeben.